

Wenn Geld dem Leben dient

Anmerkungen zum EKD – Impulspapier:

„Auf dem Weg zu einem nachhaltigen und gerechten Finanzsystem“

von Friedrich Brachmann

Kann die Finanzwirtschaft nachhaltig und gerecht sein? Mit hoher fachlicher Expertise geht die EKD – Kammer davon aus, dass dies möglich sei. Danke an Stephan Kosch und die BRIEFE – Redaktion für die Zusammenfassung dieser anspruchsvollen Materie und das Vermitteln der Botschaft: Auch für Kirchgemeinden und Laien ist Finanzwirtschaft ein Thema. Gerade mit ihrem biblischen Hintergrund haben sie eine spezifische und ergiebige Möglichkeit, sich an der Debatte zu beteiligen.

Wer allerdings genau das schon länger versucht, sei es in kirchlichen Initiativen oder sozialen Bewegungen, könnte weniger optimistisch sein. Die seit Jahrzehnten bestehenden Vorschläge (Finanztransaktionssteuer, Implementierung sozialer und ökologischer Kosten, Bekämpfung der Geldwäsche, Schließung der Steueroasen etc.) werden kaum umgesetzt. Woran liegt das?

Wir erinnern uns: Die Finanzwirtschaft bekam ab den 1970er Jahren enorme Bedeutung. Die Wachstumsraten in der realen Wirtschaft stagnierten trotz hoher Produktivität. Wo ließ sich für eine attraktive Rendite noch Geld anlegen? Der Reichtum wuchs aus den Kinderschuhen der Goldwertparität hinaus. Der Übergang zu fiktivem Kapital begann. Es besteht aus Eigentumstiteln, für deren Gestaltung Banken, Konzerne und Versicherungen sehr kreativ wurden und es bis heute sind. Ihr spezifischer Gebrauchswert besteht darin, einen zukünftigen Wert zu repräsentieren. Die Rationalisierungseffekte der dritten industriellen Revolution hätten ohne diese Kapitalisierung von Zukunftserwartungen bereits in den 1980er Jahren eine Spirale massenhafter Entwertung in Gang gesetzt. Das warenproduzierende System wäre an sich selbst erstickt. Erst die Entfesselung von Spekulation und Kredit schufen dem Kapital ausreichend neue Anlagemöglichkeiten. Der kapitalistische Selbstwiderspruch, von dem wir hier ausgehen, war damit keineswegs aufgehoben. Aber der wirtschaftliche Kollaps konnte noch einmal um bislang 40 Jahre aufgeschoben werden.

Heute sehen wir einige Folgen dieser Entwicklung mit Schauern:

In den 1960er Jahren hungerten „nur“ 80 Millionen Menschen. Um die Jahrtausendwende waren es fast 800 Millionen. Der Weltagrarbericht der UN – Welternährungsorganisation FAO verweist in seinem Jahresbericht 2020 auf die Gefahren des industriellen Landbaus und stellt die Frage: Haben wir nur noch 60 Ernten?

Nach dem Ende des Kalten Krieges kam es nicht zu militärischer Entspannung. Der militärisch-industrielle Komplex wird weiter als Wachstumsbranche gebraucht. Das Umschwenken von Nato – Ländern auf 'Präventionskriege' gegen den Terror destabilisiert ganze Regionen und untergräbt Völker- und Menschenrecht. Der Ukraine-Krieg wird zum Anlass, bisher nicht mehrheitsfähige Aufrüstungsprogramme im applaudierenden Parlament zu verabschieden. Wir sind in puncto Kriegsgefahr in einem worst-case Szenario.

Für den Klimaschutz läuft die Zeit davon. Statt Treibhausgase zu senken, stiegen sie seit 1990 um weitere 67 Prozent. Es sei höchste Zeit, sich von der „politischen Lebenslüge“ zu verabschieden, man könne die „heutige renditegetriebene Verschwendungsökonomie beibehalten und trotzdem den Zusammenbruch des Systems vermeiden“, meint Uwe Leprich im jüngsten Beitrag des IPCC.

Der EKD – Kammer ist diese Dramatik bewusst. Sie möchte die Rolle von Politik, Gesetzgebung und Aufsicht für das Finanzsystem stärken. Und sie möchte, dass weder Resignation und Selbststrückzug noch eine „undifferenzierte Pauschalkritik 'des Finanzkapitalismus' die Debatte bestimmen“. Die Frage einer grundsätzlichen Systemalternative wird nicht erörtert, die „Problematik des Wachstumszwanges der Weltökonomie ... nicht umfassend behandelt“ (S. 23)

Das ist enttäuschend. Dennoch kann ich meine Neugier auf die evangelische Orientierung unter dieser recht optimistisch klingenden Überschrift nicht verhehlen. Auf die Idee, von einer gerechten Finanzwirtschaft zu sprechen, wäre ich nicht gekommen. Der Begriff klingt etwas wie nachhaltige Atomenergie. Die soll es ja auch geben.

Wenn jemand 100.000,- Euro auf seinem Konto hat und nichts damit macht, sind es nach einem Jahr immer noch 100.000,- Euro. Vielleicht sogar etwas weniger, wenn die entsprechende Bank bereits Negativ – Zinsen eingeführt hat. Legt jemand die gleiche Summe in Aktien des Vermögensverwalters BlackRock an, dann können diese nach einem Jahr durchaus einen Börsenwert von 160.500 Euro haben. 60.500 Euro (60,5 Prozent) Gewinn in einem Jahr, ohne etwas zu tun. Herzlichen Glückwunsch! Aber, selbst wenn es die Hälfte wäre, was ist daran gerecht? Die große Mehrheit der Weltbevölkerung (über 90 Prozent) kann solche Möglichkeiten mangels Kleingeldes nicht nutzen. BlackRock betreut die Vermögen der Milliardär:innen und Multimilliardär:innen und hilft genau dieser Gruppe von Leuten, dass ihr Vermögen gekoppelt mit dem anderer Großkonzerne, Banken und Verwaltern das wirtschaftliche Geschehen dieser Welt steuert.

Die Frage der Gerechtigkeit ist da fehl am Platz. Diese Problematik findet sich bereits bei Max Weber. Er war kein Kritiker des kapitalistischen Marktprinzips, sondern hat dieses als „eigengesetzlich“ verteidigt:

„Im Gegensatz zu allen anderen Herrschaftsformen ist die ökonomische Kapitalherrschaft ihres 'unpersönlichen' Charakters halber ethisch nicht reglementierbar. Sie tritt schon äußerlich meist in einer derart „indirekten“ Form auf, dass man den eigentlichen „Herrscher“ gar nicht greifen und daher ihm auch nicht ethische Zumutungen stellen kann ... Die 'Konkurrenzfähigkeit', der Markt: Arbeitsmarkt, Geldmarkt, Gütermarkt, 'sachliche', weder ethische noch antiethische, sondern einfach anethische, jeder Ethik gegenüber disparate Erwägungen bestimmen das Verhalten in den entscheidenden Punkten und schieben zwischen die beteiligten Menschen unpersönliche Instanzen. Diese „herrenlose Sklaverei“, in welche der Kapitalismus den Arbeiter oder Pfandbriefschuldner verstrickt, ist nur als Institution ethisch diskutabel, nicht aber ist dies – prinzipiell – das persönliche Verhalten eines, sei es auf der Seite der Herrschenden oder Beherrschten, Beteiligten, welches ihm ja bei Strafe des in jeder Hinsicht nutzlosen ökonomischen Untergangs in allem wesentlichen durch objektive Situationen vorgeschrieben ist und – da liegt der entscheidende Punkt – den Charakter des „Dienstes“ gegenüber einem unpersönlichen *sachlichen Zweck* hat.“

Das bedeutet: hat man das System einmal akzeptiert, lässt sich darin keine ethische Verantwortung mehr wahrnehmen. Der Markt regelt jetzt die Dinge.

Jede/r hat seine/ihre Rolle. Ethisch lässt sich dieses System allenfalls als Gesamteinstitution diskutieren.

Wir ahnen, warum die eingangs erwähnten Verbesserungsvorschläge nicht umgesetzt werden. Sie zerschellen am Sachzwang der Märkte. Eine Finanztransaktionssteuer? Geht aber nur global, sonst fließt das Geld dorthin, wo sie nicht erhoben wird. Steueroasen? Braucht die deutsche Wirtschaft auch, sonst ist sie benachteiligt und so weiter.

Der Appell an die Verantwortung in den Kernthesen des Impulspapiers (S. 153 ff) läuft weitgehend ins Leere. Wollten die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft sich daran orientieren, scheitern sie in der Regel. Horst Köhler (S. 15, 22f) ist ein Beispiel. Es ist mutig, dass die EKD – Kammer dieses heikle Thema anspricht und nicht resigniert. Aber es ist tragisch, dass sie das Marktsystem als Ganzes nicht ethisch zur Debatte stellt, obwohl die verheerenden Wirkungen so offensichtlich sind. Die Frage, ob die Weltwirtschaft wegen ihres Versagens im Blick auf den Grundbedarf der Menschheit nicht einen besonderen Bekenntnisfall der Kirche darstellt, liegt seit Jahrzehnten auf dem Tisch. Heute kommt die ökologische Zerstörung dazu. Selbst den Menschen in den reichen Ländern geht es tendenziell schlechter, wie noch zu zeigen sein wird. Der auf Wachstum getriebene Motor dieses Systems gleicht einem Götzendienst (Fetischismus).

Erst wenn das gesehen und gesagt wird, öffnet sich der Debattenraum, den wir brauchen. Vom Wachstumsimperativ befreit, kann die Wirtschaft wieder vom Kopf auf die Füße gestellt werden und sich dem konkreten Leben widmen. Erst dann ist Nachhaltigkeit möglich. Sie funktioniert nur nicht als zweiter Imperativ neben dem Wachstum. Von zwei Imperativen ist eben einer keiner mehr.

Das Impulspapier stellt sich erfreulicherweise hinter die ethische Grundforderung: „Geld soll dienen und nicht herrschen.“ (S. 157). Genau genommen ist das eine fundamentale Systemkritik. Wird sie umgesetzt, verliert der Finanzkapitalismus seine Macht. Aus dem 'Es gibt keine Alternative' wird: wir brauchen eine Alternative, wenn die Gesellschaft enkeltauglich werden soll.

An Stelle einer Geld- bzw. Preissteuerung rückt dann in den Fokus, worauf es wirklich ankommt: die Würde aller Menschen / Lebewesen und die Begrenztheit des Planeten mit seinen Ressourcen.

Was das bedeutet, beschreibt der Postwachstumsökonom Niko Paech in etwa so:

„Gerechtigkeit heißt dann, wir reduzieren einen Wohlstand, der ökologisch ruinös ist und der überhaupt nicht von Menschen verdient sein kann. Es geht um die Rückgabe einer Beute. Unser Wohlstand beruht auf purer maschinenverstärkter Plünderung. Um das Verteilungsproblem zu lösen, stellt sich die Frage, wer sich noch wie viele materielle Freiheiten nehmen darf, ohne ökologisch und damit sozial über seine Verhältnisse zu leben. Und wenn wir das 1,5 Grad oder wenigstens das 2 Grad – Klimaschutzziel einhalten wollen, dann ist das damit noch zu vereinbarende Budget an CO₂ – Äquivalenten auf alle lebenden Menschen aufzuteilen. Das wäre eine Tonne. Wir liegen in Deutschland bei zwölf Tonnen. Diejenigen, die am stärksten über ihre ökologischen Verhältnisse leben, haben auch die größte Reduktionslast zu tragen. Und wir werden mit Sicherheit nicht zu denen gehören, deren Grundbedürfnisse nicht befriedigt werden.“

Nun hält sich die Zustimmung für diese Position sicher in Grenzen. Und doch bewegt sich gerade in der jungen Generation, in den for - Future - Bewegungen, einiges. Für den Abschied vom Wachstum gibt es noch weitere Gründe:

Als Simon Kuznets in den 1930er Jahren das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Messmethode im US – Kongress vorstellte, warnte er auch, sie jemals als normales Maß für wirtschaftlichen Fortschritt anzuwenden, denn damit sei auch ein Anreiz für zu viel Zerstörung geliefert. Eine Generation später äußerte sich der US-Politiker Robert Kennedy in einer Rede an der Universität von Kansas ähnlich:

„Das BIP misst weder unseren Verstand noch unseren Mut, weder unsere Weisheit noch unsere Bildung, weder unser Mitgefühl noch die Liebe zu unserem Land ... Kurz, es misst alles außer dem, was das Leben lebenswert macht.“ Doch bis heute ist das BIP der vorherrschende Maßstab für Fortschritt überall auf der Welt. Wir sehen zwar die Diskrepanz zwischen den wirtschaftlichen Erfolgen und den sozial-ökologischen Verwüstungen, doch es steht noch aus, die von Kuznets gleichsam aus Versehen geöffnete Büchse der Pandora wieder zu schließen.

2014 veröffentlichte der Politologe Adam Okulicz-Kozaryn eine erstaunliche Entdeckung: Länder, in denen es stabile Wohlfahrtssysteme gibt, weisen die höchsten Werte beim menschlichen Glück auf. Gemeint sind: die Gesund-

heitsfürsorge, Arbeitslosenversicherung, Pensionen, bezahlter Urlaub und bezahlte Krankheitstage, bezahlbarer Wohnraum, Tagespflege und solide Mindestlöhne. Wer sich nicht über die täglichen Bedürfnisse den Kopf zerbrechen muss, kann die Kunst des Lebens genießen. Das erklärt, warum ein Land wie Costa Rica bei den Faktoren des Wohlbefindens mit denen der USA auf einer Höhe liegt, während die Einkommen nur ein Fünftel betragen.

Beim Sinngesamt wird es noch deutlicher. Dieser komplexe Zustand, der tiefer liegt als der Tumult der alltäglichen Gefühle, hat noch weniger mit dem BIP zu tun. Als sinnvoll erfahren Menschen ihr Leben, wenn sie die Möglichkeit haben, Mitleid, Kooperation, Gemeinschaft und Verbindung mit anderen Menschen zum Ausdruck zu bringen. Psycholog:innen sprechen von „intrinsic Werten“. Sie haben nichts mit den äußeren Indikatoren zu tun, wie viel Geld man hat oder wie groß das Haus ist. Dabei sind intrinsische Werte mächtiger und dauerhafter als der flüchtige Adrenalinrausch bei einer Gehaltserhöhung oder durch materiellen Konsum.

Hinzu kommt: allgemein öffentliche Dienste können kosteneffizienter betrieben werden als ihre privaten Entsprechungen. Zum Beispiel gibt Spanien für die Gesundheitsversorgung jährlich nur 2.300 US – Dollar pro Person aus und erreicht damit einen Spitzenwert unter den Lebenserwartungen weltweit: 83,5 Jahre. Das sind fünf Jahre mehr als in den USA. Dort verschlingt das private, profitorientierte System horrendes 9.500 US – Dollar pro Person, erreicht aber schlechtere Gesundheitsergebnisse und die Lebenserwartung ist niedriger. Ähnliches zeigt sich in anderen Staaten des globalen Südens, etwa in Sri Lanka, Ruanda, Thailand, China, Kuba, Bangladesh oder im indischen Staat Kerala. Ihre Regierungen investieren in die allgemeine Gesundheitsversorgung und in Bildung und erreichen damit Verbesserungen bei der Lebenserwartung sowie anderen Indikatoren gesellschaftlichen Wohlergehens trotz eines vergleichsweise niedrigen BIP pro Kopf. Laut UN – Angaben können Staaten mit jährlich 8.000,- US – Dollar pro Kopf (im Sinne von Kaufkraftparität KKP) die allerhöchste Kategorie des Lebenserwartungs-Index erreichen. Staaten können sogar mit weniger als 10.000,- US – Dollar pro Kopf in vielen weiteren sozialen Schlüsselindikatoren erfolgreich sein, nicht nur im Bereich Gesundheit und Bildung, sondern auch bei Beschäftigung, Ernährung, sozialer Unterstützung, Demokratie und Lebenszufriedenheit. Und sie bleiben damit innerhalb oder fast innerhalb der planetaren Grenzen. Diese Zahlen liegen alle deutlich unter dem globalen Durchschnitt von 17.600 US – Dollar BIP

KKP pro Kopf. Das heißt: wir könnten für jeden Menschen auf der Welt alle unsere gesellschaftlichen Ziele erreichen, indem wir einfach in öffentliche Güter investieren und Einkommen und Chancen besser verteilen.

Ab einem gewissen Punkt funktioniert die Relation zwischen BIP und gesellschaftlicher Wohlfahrt nicht mehr. Jenseits dieser Schwelle hat weiteres Wachstum sogar allmählich eine negative Wirkung. Dies wird deutlich, wenn wir auch alternative Kennzahlen für Fortschritt betrachten, etwa den Indikator echten Fortschritts (Genuine Progress Indicator GPI). Beim GPI werden die persönlichen Konsumausgaben, von denen auch das BIP ausgeht, um die sozialen und ökologischen Kosten der wirtschaftlichen Aktivität bereinigt. Das heißt, der GPI liegt bei Null, wenn das Wachstum des BIP durch offene oder verdeckte Kosten wie Umweltschäden, Kriminalität oder abnehmende Gesundheit erzeugt worden ist. Nun zeigt sich, dass bis in die Mitte der 1970er Jahre der globale GPI zeitgleich mit dem BIP wuchs, dann aber abflachte und sogar abgenommen hat. Die sozialen und ökologischen Kosten schlugen mehr zu Buche und mussten durch die verbrauchsabhängigen Gewinne, die sich im BIP abbilden, aufgewogen werden. Der Ökologe Hermann Daly spricht von einem Wachstum, welches „unwirtschaftlich“ wird. Es schafft mehr „Schlechtstand“ als Wohlstand. Dies zeigt sich an mehreren Fronten: in einkommensstarken Ländern verschärft das fortgesetzte Streben nach Wachstum die Ungleichheit und die politische Instabilität. Es trägt infolge von Überarbeitung und Schlafmangel zu Problemen bei wie Stress und Depression. Durch Umweltverschmutzung verschlechtert sich die Gesundheit, Diabetes und Herzkrankheiten nehmen zu und so weiter.

Solange wir die Art und Weise unserer Wirtschaft nicht verändern, werden wir selbst mit 100 Prozent sauberer Energie das gleiche machen wie zuvor mit fossiler: Wir treiben Extraktion und Produktion unablässig voran, immer mehr und immer schneller und setzen die lebendige Welt immer stärker unter Druck, weil es das ist, was der Kapitalismus verlangt. Saubere Energie mag für weniger Emissionen eine Hilfe sein, aber um Entwaldung, Überfischung, Bodenverarmung und Massensterben rückgängig zu machen, trägt sie nichts bei. All das geht weiter, sonst rutscht die Wirtschaft in die Rezession: Schulden türmen sich auf, Menschen verlieren Arbeitsplatz und Wohnung. Regierungen haben alle Hände voll zu tun, die industrielle Aktivität am Wachsen zu halten und Krisen abzuwehren. Politiker:innen der Linken und Rechten mögen sich streiten, wie die Früchte des Wachstums zu verteilen sind. Wenn es um das Streben

nach Wachstum selbst geht, sind sie sich einig. Noch keine Partei kommt bislang auf die Idee, das zu hinterfragen. Wir haben jede Menge Ideen, um die ökologische Katastrophe noch zu stoppen, aber wir setzen sie nicht um, weil wir damit das Wachstum untergraben könnten. Zeitungen berichten von ökologischen Katastrophen und sind gleichzeitig begeistert, wie das BIP in jedem Quartal wächst. Politiker:innen beklagen händeringend die Klimakrise und rufen gleichzeitig pflichtbewusst nach mehr industriellem Wachstum. Die kognitive Dissonanz ist bemerkenswert, stellt Jason Hickel fest.

Die selbst gesetzte Beschränkung des Denkens auf Reparaturen innerhalb des Marktsystems ist keineswegs nur ein Problem in den Kirchen. Die EKD kann auch nicht in die Finanzwirtschaft eingreifen. Das ist richtig. Aber was das Wort Gottes uns im Blick auf die Zeichen der Zeit zu sagen hat, das wäre schon interessant. Und wenn diese Botschaft aus der Herrschaft des Geldes ausbricht, wäre das zuzulassen. Es könnte ja sein, der Konziliare Prozess wird dann zum Kerngeschäft der Kirche. Was denn sonst? Im Namen des dreieinigen Gottes: Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung.